

Walter Ulbricht, der Vorgänger Erich Honeckers, hatte 1961 – im Jahr des Mauerbaus – Visionen und versprach Reichtum, Freiheit und „ein Leben, in dem kein Wunsch unerfüllt bleibt“. Alles, was Ulbricht hier aufzählte, erwarteten sich die DDR-Bürger dreißig Jahre später nochmals durch die Wiedervereinigung. Die DDR-Ökonomen versuchten kurz vor dem Mauerfall, das System noch schnell zu reformieren.

"Was da auf den Handel zukommt", das hat Walter Ulbricht längst vorausgesehen. Der SED-Politiker war von 1950 bis 1971 Generalsekretär des Zentralkomitees der Einheitspartei in der DDR. Schon drei Jahrzehnte vor dem Mauerfall, also zu einer Zeit, in der die Geschäfte vom Volksmund **"Uwubu" genannt wurden (Ulbrichts Wucherbuden)**, schwärmte der Vorgänger Erich Honeckers exakt von jenen paradiesischen Zuständen, die die DDR-Bevölkerung später von der deutschen Vereinigung erhofften.

Der folgende Artikel war 1961 erschienen – in dem Jahr, in dem der Mauerbau begann. **Den Text grub die DAZ ("Die andere Zeitung" aus Leipzig) aus. Die DAZ war die erste unabhängige Wochenzeitung der DDR, initiiert von Anhängern des „Neuen Forums“.** Sie erschien ab Januar 1990, hat aber nicht länger als bis April 1991 durchgehalten.

Der Wortlaut von Walter Ulbrichts Text:

"Unser Tisch soll mit dem Besten gedeckt werden, was die Natur zu bieten hat: hochwertige Fleisch- und Milchprodukte. Edelmilch und beste Obstsorten, früheste Erdbeeren und Tomaten zu einer Zeit, da sie auf unseren Feldern noch nicht reifen. Weintrauben im Winter, nicht nur zur Zeit der großen Schwemme. Als Sozialisten sind wir uns darüber klar, dass im sozialistischen Lager bis 1965 ein Überfluss an Lebensmitteln erreicht werden soll. Was da auf den Handel zukommt, diese immer mächtiger anschwellende Woge von Lebens- und Genussmitteln aus aller Herren Länder, von Kleidern und Schuhen, von wundervollen neuwertigen Stoffen, von Küchen- und Waschmaschinen, Autos, von Kunstgewerbe und Schmuck, von Fotoapparaten und Sportgeräten!

Ebenso müssen die Reparatur- und Ersatzteilprobleme gelöst sein. Eine Vernachlässigung kann und wird sich auch das reichste sozialistische Land in Zukunft nicht leisten, weil sie eine der dümmsten und schädlichsten Formen der Verschwendung ist.

Kataloge vom Versandhaus

Neben dem reichhaltigen Angebot der Einkaufszentren in den Städten und in den überall vorhandenen Geschäften für den täglichen Bedarf wird es ein Netz von Versandhäusern geben. Mit Hilfe von Katalogen können dann die Einwohner entlegener Gebiete jeden Artikel bestellen und binnen weniger Tage auch erhalten.

Unter kommunistischen Verhältnissen wird auch die Wohnung in jeder Menge, Größe und Form zur Verfügung stehen. Die Wohnungsnot werden wir in den Jahren 1970 bis 1980 für immer hinter uns gebracht haben. Die ganze oder fast die ganze Welt wird uns offenstehen, und die Entfernungen spielen keine Rolle. Freunde der Touristik werden für ihre Wanderfahrten einen großen Teil des Globus zur Verfügung haben. Mehrmonatige Weltreisen werden zu einem festen Bestandteil des Bildungsganges der Jugend gehören.

Und auch die ältere Generation wird die noch unbefriedigende Bekanntschaft mit fremden Ländern nachholen. Die sozialistische Gesellschaft wird in einigen Jahrzehnten nicht nur wohlhabend, sondern reich sein und ein Leben garantieren, in dem kein Wunsch unerfüllt bleibt.

BRD, ein reichlich altmodisches Gebilde

In 20 Jahren, also gegen 1985, wird das monatliche Durchschnittseinkommen 3.000 bis 5.000 Mark sein. Viele Gruppen von Beschäftigten dürften jedoch darüber liegen. Die Arbeitszeit liegt täglich bei sieben Stunden und bei der Fünftagewoche. In den letzten Jahrzehnten unseres Jahrhunderts wird es undenkbar sein, dass ein Jugendlicher nicht studiert.

Die Ausbildungszeit wird echte Lehr- und Wanderjahre umfassen. Wenn die politischen Zustände in Westdeutschland überhaupt Aussicht haben, bis 1970 fortzubestehen, könnte man mit Sicherheit voraussagen, dass nicht nur ein Manko von 30.000 Ingenieuren auftreten würde, der westdeutsche Staat wäre dann schon ein reichlich altmodisches Gebilde mit einer vergleichsweise ungebildeten Bevölkerung ..."

Die Akademie der Wissenschaften und der Frust

Schnitt. Nach den Visionen von 1961 in die Wirklichkeit von 1989. (Zu dieser Realität siehe auch das Kapitel "[Hinz und Kunz statt Marx und Engels](#)")

Nach dem Rücktritt Erich Honeckers und vor der Großdemonstration in Berlin am 4. November führe ich ein Gespräch mit Heiko Polten von der **Akademie der Gesellschaftswissenschaften in Ostberlin**. Nach dieser Institution hieß der Gendarmenmarkt damals "Platz der Akademie". Die Akademie hat den Auftrag, das Klima zu ändern, das so viele DDR-Bürger nach Jahren aufgestauten Frusts in den Westen treibt, und der DDR-Führung die Grundlagen für Entscheidungen vorzubereiten.

„Dieses Klima, nicht gefragt zu werden, nicht Einfluss nehmen zu können, keine Perspektive als Individuum erkennen zu können, dieses Klima muss weg“, meint Polten. Er ist kein Bürgerrechtler, sondern ein von der Regierung offiziell vorgesehener Interviewpartner. Heute könnte man ihn als einen der „Wirtschaftsweisen“ bezeichnen, die die Regierung beraten.

Zur jener Zeit arbeitete die Akademie an einer Studie über „Sozialismus in den neunziger Jahren“. Das umfangreiche Papier hat sie noch im Juni 1989 fertig gestellt. Es musste jedoch den aktuellen Ereignissen angepasst werden. Vielleicht hätte es manche Leute noch rechtzeitig Hoffnung schöpfen lassen können.

Studien für Schubladen

Die Studie sollte dem XII. Parteitag im Frühjahr 1990 als Diskussionsgrundlage dienen und die Plattform für die künftige Entwicklung der DDR sein, jedenfalls wie sie sich die SED vorstellte.

Dass andere Studien, in denen die Gesellschaftswissenschaftler schon früher auf den Problemstau hingewiesen hatten, in den Schubladen höherer SED-Funktionäre verschwunden waren, konnte die Wissenschaftler offenbar nicht entmutigen, die alle Bereiche umfassende Studie über den Sozialismus der neunziger Jahre zu erarbeiten.

Es war geplant, wichtige Teile des Papiers nach und nach in den Zeitungen zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen. Mit dem heutigen Wissen, dass kurz später die Mauer erstürmt wurde, klingt dies weltfremd. Das Interview und die Studie sind aus heutiger Sicht ein Dokument, wie ein System, das in den letzten Atemzügen liegt und kurz vor dem Zusammenbruch steht, noch versucht, die Kurve zu kriegen.

Die Situation nannte Polten „tatsächlich krisenhaft“, weil Widersprüche nicht rechtzeitig erkannt und Schlussfolgerungen nicht zeitgerecht gezogen worden seien. Daher müsse sich jetzt eine „sozialistische Demokratie“ entwickeln, die jedem Bürger Einblick in den Entscheidungsprozess gewährt und ihn nicht mit einer fertigen Entscheidung abfertigt.

Wachstum trotz Massenexodus

Als besonders wichtig erschienen Polten die künftige Wirtschaftsstrategie, die Einheit von Wirtschaft und Sozialpolitik, die Versorgung mit Konsumgütern und Pkws sowie die Durchsetzung des Leistungsprinzips (!).

Die Wirtschaftsstrategie zielte auf ein stabiles Wachstum ab, man erhoffte sich einen jährlichen Zuwachs von 3,5 bis 4,0 Prozent. „Dieses Wachstum ist nur möglich, wenn wir den Aufwand senken“, schilderte Ökonom Polten. **Das Arbeitskräftepotenzial war ja allein schon wegen des geringen Bevölkerungswachstums deutlich reduziert. Der Massenexodus verstärkte die Krise. Dazu kam, dass aus ökonomischen und ökologischen Gründen die Förderung bestimmter Rohstoffe, vor allem der Braunkohle, nicht mehr ins Unermessliche gesteigert werden konnte.**

Kombinate in Eigenbewirtschaftung

Die Senkung des Aufwands sollte durch Schlüsseltechnologien erreicht werden, etwa Mikroelektronik und flexible Automatisierung. Dies wiederum erforderte eine grundlegende Reform des Wirtschaftsmechanismus, in erster Linie die Eigenverantwortlichkeit der Kombinate. Damals arbeiteten einige von diesen probenhalber in „Eigenbewirtschaftung“. Bis 1992, dem Beginn des EG-Binnenmarktes, sollten alle Kombinate der DDR auf Eigenbewirtschaftung umgestellt sein.

„Wir sprechen davon“, sagte Polten, „dass eine Wende eingeleitet worden ist, wobei wir das Wort ‚eingeleitet‘ zweimal unterstreichen.“

Die SED schien damals also bereit zu grundlegenden Reformen, jedoch nicht dazu, ihren Machtanspruch auch nur ein bisschen zu schmälern. Wie die Entwicklung zeigt, haben die DDR-Bürger nichts mehr davon gehalten.

Ewald König, Chefredakteur von EURACTIV.de, war zu Zeiten der Wende Deutschland-Korrespondent der österreichischen Zeitung DIE PRESSE. Für die Leser von EURACTIV schildert er in einer Serie, was er vor zwanzig Jahren erlebt hat.

Copyright: Ewald König. Abdruck nur nach Genehmigung durch den Autor. Termine für Lesungen und Diskussionen nach Vereinbarung. Kontakt: Ewald König • Postfach 080 535 • 10005 Berlin • Mail: koenig@korrespondenten.com oder chefredaktion@euractiv.de

"Woodstock des Ostens": Während der Weltjugendspiele von 1973